



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußen und die Dresdner Conferenzen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

jenem nationalem Kampfe wenig gefürchteten Partei, wenigstens vorläufig zur Herrschaft verhalf. Dr. Ludewit Gaj war die Veranlassung der nationalen Bewegung, zu schwach, zu ungebildet und zu wenig Enthusiast sie zu leiten, verlor er in dem Kampfe selbst die Bedeutung, die er sich mit Gewandtheit zu geben gewußt; man erkannte ihn als das, was er ist, als einen gewandten Intriguanten, einen hohlen Faiseur in Literatur und Politik.

Preußen und die Dresdner Conferenzen.

Die oppositionelle Literatur der jüngsten Tage nimmt allmählig einen Charakter an, der auch den Ungläubigen aufs deutlichste überzeugen muß, daß die Revolution doch nicht ohne Frucht an uns vorübergegangen ist. In der vor-märzlichen Zeit wurde die Polemik gegen die Regierungen fast ausschließlich von Uneingeweihten geleitet, die außerhalb des gesammten gouvernementalen Systems standen und gegen deren Angriffe sich die herrschende Bureaukratie sehr bequem hinter den Schild ihres Geheimnisses zurückziehen konnte. Sie konnte dem Publicum zurufen: *ars non habet osorem nisi ignorantem*. Mit dieser Geheimnißkrämerei ist es vorbei. Man mag den Theilnehmern an der Leitung unserer Geschichte noch so viel Verschwiegenheit anempfehlen, die Leidenschaft und das Interesse ist zu groß, als daß sie sich in den Schranken der amtlichen Welt aussprechen könnte. Der Kampf ist innerhalb des alten Regiments ausgebrochen und insofern können wir mit dem 2. November zufrieden sein.

Von den politischen Flugschriften, welche sich in der letzten Zeit mit dem Ruhm der preussischen Regierung beschäftigt haben, sind es vornehmlich drei, durch welche das herrschende System außer Fassung gesetzt ist: „Der Kriegsminister in der letzten Krisis,“ „Vier Wochen auswärtiger Politik,“ und „Die Dresdner Conferenzen.“ Selbst die Erwiderung der Regierungsblätter, die mit den gewöhnlichen Redensarten von böswilliger Entstellung, frechen Lügen und dergleichen um sich werfen, kann nicht umhin, zugugestehen, daß sie es diesmal mit Eingeweihten zu thun hat. Am spaßhaftesten war eine Entgegnung auf die letzte Brochüre, die aus der Neuen Bremer Zeitung in die Preussische Zeitung überging, und welche so ziemlich alle Behauptungen derselben bestätigte, nur mit dem Unterschied, daß sie in dem Benehmen des Herrn v. Manteuffel, in welchem die Brochüre nur Charakterschwäche und Willenlosigkeit fand, die Spuren einer sehr tief sinnigen und pfliffigen Machiavellistischen Politik entdeckte, ganz in dem Sinn der bekannten, in der Decker'schen Officin gedruckten und von der Nationalzeitung veröffentlichten Denkschrift, in welcher man sich bestrebte, die sämmtlichen

Niederlagen der preußischen Politik als die Folgen einer sehr raffinierten Berechnung zu preisen. Der Starke geht zurück.

Was den Standpunkt dieser Brochüre betrifft, so ist er nicht der unsrige. Wenn sie nicht wirklich von einem Anhänger der Radowig'schen Politik ausgeht, so hat der Verfasser diesen Standpunkt wenigstens sehr geschickt fingirt. Er hat sehr glücklich nachgewiesen, daß Herr v. Manteuffel von den Anforderungen, welche das Ministerium Radowig-Manteuffel an Oestreich stellte, in Osmütz und in Dresden nur die äußern Formen beibehalten hat, das Wesen aber in das Gegentheil verkehrt, daß, was in jener Zeit ein Anspruch war, sich jetzt unter veränderten Umständen in eine Concession verwandelt. Aber weniger glücklich ist der Verfasser in seiner Rechtfertigung der frühern Politik. Die Haltung der Regierung im Anfang des vorigen Jahres war eben eine so unselige, wie am Schluß desselben, und nach den Aufschlüssen, die uns die Brochüre über den Kriegsminister gibt, und die uns auch von andern Seiten her reichlich zufließen, war das freilich verspätete Nachgeben eine gebieterische Nothwendigkeit, und die Schwäche lag nur darin, daß man nicht den Muth hatte, es rücksichtslos zu thun.

Herr v. Radowig hat in der Zeit, als die Kaiserpartei sich bildete, das Project einer dreifältigen Union entworfen, nach den drei verschiedenen Gruppen des außerösterreichischen Deutschland, des deutschen Oestreich und des außerdeutschen Oestreich. Man konnte damals Manches dafür anführen, da es mißlich war, den deutschen Bund, den Träger noch immer sehr wesentlicher Rechte und Pflichten, ohne Weiteres aufzuheben; aber die Ausführung des Planes war nur denkbar, wenn alle deutsche Staaten damit freiwillig übereinstimmten. Seitdem die preußische Union auf die Kleinstaaten eingeschränkt war, seitdem auch die beiden Hessen abgefallen waren, enthielt die Forderung der freien Conferenzen zwischen den Unionsstaaten und den in Frankfurt vertretenen Staaten sowohl eine Ueberschätzung als eine Benachtheiligung des preußischen Interesses. Das Erste, denn hier standen nicht Gleiche den Gleichen gegenüber; das Zweite, denn die Bildung einer Union, die Hannover, Sachsen und die beiden Hessen dem feindlichen Einfluß preis gab, war für Preußen eine Art Selbstmord. Wollte man in der That die parlamentarische Union, so mußte man auf einen Krieg gefaßt sein; aber dann hätte man sich vorher rüsten und die nöthigen Bündnisse abschließen müssen. Wollte man aber nur Separatverträge mit den Kleinstaaten, um den Einfluß Preußens auf dieselben zu vergrößern, so durfte man deshalb den Einfluß auf das übrige Deutschland, der viel wichtiger war, nicht aufgeben. Man konnte gleichzeitig in Frankfurt in den allgemein deutschen Angelegenheiten mitsprechen, ohne sich des Rechts der Separatverträge zu begeben, das factisch auf die Länge ebensowenig verhindert werden konnte, als der Zollverein. Aber man hatte sich damals ebensowenig klar gemacht, was man eigentlich wollte, als jetzt.

Es ist aber eine sehr schlechte Entschuldigung, wenn man die neueste Geltung Preußens in den Dresdner Conferenzen dadurch begründet, daß Preußen ja vorläufig nur eine abwartende Stellung einzunehmen habe, weil Oestreich dieselben eingeleitet habe und daher die materiellen Vorlagen machen müsse, die übrigens sehr bald an ihrer innern Unmöglichkeit scheitern würden. Das Verhältniß ist gerade umgekehrt. Nicht Oestreich hat die freien Conferenzen gefordert, sondern Preußen, Oestreich hat einfach zur Beschickung der Bundesversammlung aufgefordert, und kann also bei seiner formellen Concession mit Recht verlangen, daß Preußen erklärt, was es will. Ich will weiter gar nicht darauf Bezug nehmen, daß es für Preußen denn doch nicht eine würdige Stellung ist, dem Scheine nach mit Oestreich gemeinsame Vorlagen zu machen, um sie an dem Widerstand der kleinern Staaten scheitern zu lassen, auch selbst, wenn diese Politik ihr Ziel erreichte, was ihr in der That nicht gelingen wird.

Die Frage ist nur die: Wie soll sich in diesem Streit, der zwischen den beiden conservativen Fractionen ausgebrochen ist, unsere Partei verhalten? Da der Augenschein lehrt, daß ihr jede unmittelbare Einwirkung verschlossen ist, und da sie für keine von beiden Seiten ein lebhaftes Interesse fühlen kann, so scheint die beste Politik, ruhig abzuwarten, was aus der Sache werden soll. Es ist überhaupt eine falsche Vorstellung, wenn man glaubt, eine Partei könne sich nur dadurch halten, daß sie fortwährend in der Mitte der Action bleibt. Wenn in England eine Partei unterlegen ist, so wartet sie ruhig auf den Umschwung der öffentlichen Meinung und überläßt mittlerweile das Spiel ihren Gegnern. Vielleicht wäre es zweckmäßiger und vorthellhafter für uns gewesen, wenn wir diese Stellung schon in der Gothaer Zeit eingenommen hätten, anstatt uns als Vertreter einer Sache zu geriren, die doch nur theilweise die unsrige war, obgleich das, was wirklich geschehen ist, für die Offenheit und Ehrlichkeit unserer Freunde spricht. Aber seitdem der letzte Versuch, das herrschende System durch einen kühnen Streich zu stürzen, im vorigen December scheiterte, könnten wir die grande politique vorläufig bei Seite lassen. Es gibt genug in den innern Fragen zu thun, bei denen uns die Theilnahme, die uns verfassungsmäßig zusteht, nicht entzogen werden kann.

Wir gewinnen durch diese vorläufige Passivität, daß der Zwiespalt unter unsern Gegnern, die nur der gemeinsame Haß gegen uns vereinigt, offen an den Tag tritt. Wir sind in der Stellung der Whigs im Jahre 1688 und können mit ziemlicher Gewißheit erwarten, daß innerhalb der Tories sehr bald der nämliche Proceß eintreten wird, den uns Macaulay so anschaulich darstellt. Wir könnten noch nähere Analogien herbeiziehen. Wenigstens hat Herr v. Gerach mit dürren Worten in seiner neuesten Rundschau, freilich zunächst nur in Beziehung auf die Telbill, angedeutet, die protestantische Kirche könne der katholischen keinen Widerstand leisten, sie habe auch eigentlich nicht diese Auf-

gabe, sondern im Gegentheil die, sich mit ihr zu vereinigen. Da nun das herrschende System eingeständlich mit der allgemeinen Politik nichts zu thun hat, und da es doch von seinen Leitern fortwährend in die Tendenzpolitik getrieben wird, so könnte es sehr leicht dahin kommen, daß es seine Productivität auf dem kirchlichen Gebiet versuchte, wozu es schon einige recht charakteristische Anstalten getroffen hat. Ein solcher Versuch könnte den nothwendigen Prozeß nur beschleunigen.

Außerdem ist auch keine Gefahr im Verzuge. Wenn in Dresden überhaupt etwas Anderes herauskommt, als die Rückkehr zum Bundestage, was ziemlich unwahrscheinlich ist, so sind das doch immer nur rechtliche Fiktionen, die jedes factische Ereigniß über den Haufen wirft. Von dem einzigen factischen Erfolg, den man zu erreichen hoffte, von der Zollvereinigung mit Oestreich, oder von der Einverleibung der Kleinstaaten in die Mittelstaaten, ist wohl keine Rede mehr. Alles Uebrige ist für die dauernde Entwicklung Deutschlands unwesentlich.

Ebensowenig dürfen wir vor den Plänen der Reaction im Innern besorgt sein. Die grenzenlose Confusion, die sich in den Blättern derselben offen an den Tag legt, kann uns darüber beruhigen. Freilich werden die Einzelnen darunter noch sehr zu leiden haben; man wird namentlich der Presse soviel Belästigungen auflegen, als irgend möglich. Aber die eigentliche Wirkung der Presse zu lähmen, ist bis jetzt noch kein Mittel erfunden.

Sollte aber wider alle Berechnung Oestreich wirklich im Stande sein, die Herrschaft über Deutschland zu erringen, die nach unserer Ueberzeugung ebenso die deutschen Bildungsverhältnisse wie die Interessen der Völker unmöglich machen — dann wäre allerdings unsere Ueberzeugung eine irrige gewesen und wir müßten uns in unser Schicksal ergeben. Dafür ist indessen wenig Chance.

Ungarische Zustände.

Aus Pesth.

Als unlängst der Lloyd mit seinen Verfassungsrevisionsprojecten auftrat, sagte mir ein als äußerst gutgesinnt verschriener hiesiger Hauseigenthümer: „Nun sollen Sie sehen, ob wir Schwarzgelben es nicht ehrlich mit der Constitution meinen. Ich kann Ihnen versichern, daß in einigen Tagen aus mehreren Städten des Reichs Deputationen nach Wien abgehen werden, um sich von der Regierung eine Erklärung über die vom Lloyd ausgesprochenen Intentionen einzuholen, und ich kann Ihnen ebenfalls versichern, daß diese Erklärung eine vollkommen beruhigende sein wird.“ Seit dieser Zeit ist viel Wasser auf der Donau und ein Strom von